

Initiative „Seebrücke Münster“

E-Mail: [muenster@seebruecke.org](mailto:muenster@seebruecke.org)

Facebook: <https://www.facebook.com/muensterseebruecke/>



Münster, den 17. Mai 2019

### Stellungnahme der Initiative „Seebrücke Münster“

**zum Ratsantrag der CDU & Bündnis90/Die Grünen „Münster als sicherer Zufluchtsort für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge – Teilnahme am staatlich-gesellschaftlichen Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge („NesT)“**

**sowie zum Ratsantrag der Linken „Eine Seebrücke nach Münster“**

**in Bezug auf die Ratssitzung am 22.05.2019**

#### Hintergrund:

In der Ratssitzung am 19.09.2018 hat sich die Stadt Münster verweigert, ein sicherer Hafen zu werden und sich gegen die freiwillige und zusätzliche Aufnahme von Menschen ausgesprochen, die aus Seenot gerettet wurden (Aufnahme zusätzlich zur Verteilquote Asylsuchender). In der Zwischenzeit hat die Seebrücke Münster zahlreiche öffentliche Informationsveranstaltungen organisiert und viele Gespräche mit den politischen Parteien „Bündnis90/Die Grünen“, SPD und „Die Linke“ geführt (die CDU war leider zu keinem Gespräch mit uns bereit). Ziel der Gespräche war es, dass Münster doch noch am 22.05.2019 ein sicherer Hafen wird und somit einen aktiven Beitrag gegen das Sterben von Menschen im Mittelmeer leistet, so wie es mittlerweile schon **55 Städte in Deutschland** tun. Hierzu haben wir auch die Kampagne „Münster liegt am Mittelmeer – Solidarität kennt keine Grenzen“ ins Leben gerufen, die von zahlreichen Bürger\*innen, Vereinen, Initiativen sowie der katholischen und evangelischen Kirche unterstützt wird.

„Sichere Häfen“ sind aus folgenden Gründen wichtig:

- Durch die repressive Abschottungspolitik der EU und Bundesregierung gibt es keine sicheren Flucht- und Migrationswege nach Europa bzw. Deutschland
- Seit der Einstellung von „Mare Nostrum“ Ende 2014 gibt es keine staatliche Seenotrettung mehr im Mittelmeer. Seitdem sind Menschen, die in Seenot geraten, auf die Hilfe von zivilen Seenotrettungsorganisationen angewiesen
- Die zivilen Seenotretter\*innen werden politisch und gesellschaftlich in vielen Bereichen kriminalisiert (juristische Anklagen, Beschlagnahmung von Rettungsschiffen, öffentliche Diffamierung)
- Seit 2015 sind über 14.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken (die Dunkelziffer wird noch deutlich höher sein)
- Sofortige Hilfe bei aktuellen Seenotrettungsaktionen. Damit die zivilen Seenotrettungsschiffe nicht wochenlang auf dem Mittelmeer ausharren müssen, bevor sie an Land (Malta, Italien, Spanien etc.) dürfen, ist es wichtig, dass Städte sich vorab bereit erklären, die Geflüchteten

von diesen Schiffen aufzunehmen. Nur so kann eine schnelle Lösung und somit die Reduzierung von menschlichem Leid erreicht werden.

- Durch die Erklärung zu sicheren Häfen, können die Städte und Kommunen gemeinsam Druck auf die Bundesregierung ausüben zugunsten einer humanitäreren Einwanderungspolitik.

### Stellungnahme zum Antrag der CDU & Bündnis 90/Die Grünen

Im Antrag werden die zentralen Kriterien hinsichtlich eines „Sicheren Hafens“ nicht erfüllt.

Kritikpunkte:

- Die Kriterien eines sicheren Hafens fehlen komplett und es ist kein klarer Bezug zur Seenotrettung vorhanden. Folgende wichtige Formulierung existiert nicht: "Die Stadt Münster erklärt sich zum Sicheren Hafen, indem sie sich grundsätzlich für legale und sichere Flucht- und Migrationswege einsetzt, die zivile Seenotrettung unterstützt und zusätzlich zur Verteilungsquote weitere geflüchtete Menschen aufnimmt, die aus Seenot gerettet wurden".
- Mit dem Bundesprogramm *Neustart im Team* (kurz „NesT“) kann man nicht ad hoc auf aktuelle Seenotrettungsaktionen reagieren. Das Programm richtet sich nicht an Menschen, die aus Seenot gerettet wurden und es unternimmt auch grundsätzlich nichts gegen das Sterben im Mittelmeer. Darüber hinaus müssten sich erst private Mentor\*innen zur Aufnahme finden und es nicht direkt klar, ob besonders schutzbedürftige Personen auf dem Rettungsschiff sind.
- Die Kopplung der zusätzlichen Aufnahmebereitschaft Münsters an NesT. Grund: NesT ist noch ein neues Bundesprogramm und muss nicht zwingend erfolgreich umsetzbar sein. Es kann theoretisch nach einigen Monaten wieder eingestellt werden. Vielmehr sollte und muss die generelle Bereitschaft Münsters ein sicherer Hafen zu sein und somit zusätzlich zur Verteilungsquote geflüchtete Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, in Münster aufzunehmen, im Fokus des Antrages stehen. Und nicht ein Umsetzungsinstrument. Das ist zweitrangig. Und schon gar nicht das Umsetzungsprogramm NesT, welches wir grundsätzlich aus tiefster Überzeugung ablehnen (siehe unten). Mit einer generellen Aufnahmebereitschaft könnte man freier und unabhängiger agieren und mehrere Formen der konkreten Umsetzung anwenden.
- Das neue Bundesprogramm NesT ist grundsätzlich nicht unterstützungswürdig, da es die Bereiche Asyl und Integration entpolitisiert und stattdessen privatisiert. Selbst wenn Münster die Kosten für die Miete übernimmt, sollte dieses Programm grundsätzlich keinerlei Anwendung in Deutschland erhalten. Eine derartige falsche und gefährliche Entwicklung müssen wir entgegenwirken. Public Private Partnership ist keine Lösung in diesem Bereich. NesT unterstützt eine regressive Entwicklung und konservative Narrative (konzipiert von der neoliberalen Bertelsmann-Stiftung und dem rechts-konservativen CSU-Innenministerium von Seehofer).
- Umgang und Gewährung von Asyl sind staatliche Aufgaben, und die (teilweise) Abwälzung auf zivilgesellschaftliche Akteur\*innen verschiebt den Diskurs. Es muss deutlich werden, dass das Programm an sich ein Skandal ist.
- NesT unternimmt eine Unterscheidung der Schutzsuchenden nach Bedürftigkeit. Dies impliziert eine klare Trennlinie. Mit der Einführung der Kategorie "besonders Schutzbedürftige" besteht die Gefahr, dass andere Menschen, die das Recht auf Asyl

wahrnehmen wollen und die Flucht auf sich nehmen, als nicht-schutzbedürftig gelten und (weiter) illegalisiert/kriminalisiert werden.

- NesT definiert nur eine sehr geringe Aufnahmebereitschaft "bis zu 500 deutschlandweit" und enthält somit eine Obergrenze. Eine Obergrenze ist grundsätzlich abzulehnen. Was passiert danach?
- NesT bietet keine Strukturen zum geregelten Familiennachzug.

#### Fazit:

Der Antrag der CDU/Grünen ist aus diesen Gründen in keinsten Weise unterstützungswürdig. **Mit dem Antrag der CDU/Grünen hat die Stadt Münster nicht den Anspruch, sich selbst zum sicheren Hafen zu deklarieren!** Im Antrag steht, dass Münster dadurch „im übertragenen Sinne zum sicheren Hafen“ wird. Gegen diesen Passus positionieren wir uns ausdrücklich, da der Antrag kein einziges Kriterium beinhaltet, welches Münster zur Selbstbenennung zum sicheren Hafen berechtigt (siehe Kriterien unten).

---

#### Stellungnahme zum Antrag der Linken

Der Antrag beinhaltet alle Kriterien, um Münster zum sicheren Hafen zu machen:

##### **Aktive Unterstützung der Seenotrettung**

Münster positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt aktiv die zivile Seenotrettung.

##### **Aufnahme zusätzlich zur Quote**

Münster stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher:

*Die Stadt Münster erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht **zusätzlich** zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland NRW hergestellt.*

*Die Stadt Münster erklärt sich dem Bundesland NRW und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende verlässlich zur Verfügung zu stellen.*

*Zudem setzt sich die Stadt Münster über das Land für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen.*

*Die Stadt Münster fordert die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.*

##### **Kommunales Ankommen gewährleisten**

Münster sorgt für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

##### **Bündnis Sichere Häfen**

Münster beteiligt sich an der Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.

Fazit:

Der Antrag der Linken ist in allen Punkten unterstützungswürdig. **Mit dem Antrag der Linken hat die Stadt Münster den Anspruch, sich zum sicheren Hafen zu deklarieren!**

Es ist gut und wichtig, dass die Linken diesen Antrag einbringen. So werden die deutlichen Unterschiede der beiden Anträge sichtbar und diskutierbar. Die Anträge sind inhaltlich extrem unterschiedlich und bedienen jeweils eine ganz andere Sachebene. Es geht um unterschiedliche Themen und der eine Antrag schließt den anderen nicht aus.

Schlussappell:

**Folglich fordert die Seebrücke Münster alle demokratischen Parteien (CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Piraten/ÖDP, FDP) auf, dem Antrag der Linken zuzustimmen.**

Mit freundlichen Grüßen,

„Seebrücke Münster“